

Francis L. Carsten, *Revolution in Central Europe 1918–1919*, Temple Smith Ltd., London 1972, 360 S., Ln., £ 4.50.

Gemessen an der Heftigkeit der Polemik um Fritz Fischers »Griff nach der Weltmacht« verlief die etwa gleichzeitige Kontroverse um die Neubewertung der deutschen Revolution von 1918/19 in eher gemäßigten Bahnen. Nichtsdestoweniger signalisierten Kolbs und v. Oertzens Untersuchungen über den Charakter und die Möglichkeiten der Räte in der Umbruchsphase zwischen militärischer Niederlage und Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung den Beginn einer gründlichen Revision der in der Forschung vordem gültigen Interpretationsmuster.¹⁾ Deren jüngere Varianten hatten sich zwar von Zusammenbruchspathos und Dolchstoßlegende freigemacht, stagnierten aber in einem starren Alternativschema, nach dem die Ereignisse gleichsam zwanghaft determiniert zwischen den einzig möglichen Polen einer bürgerlichen, mit stark restaurativen Zügen durchsetzten parlamentarischen Demokratie und einer proletarischen Rätediktatur nach bolschewistischem Muster abliefen.²⁾ Mit der »Wiederentdeckung der Revolution«³⁾ gewann die neuere Historiographie Anschluß an die lange verschütteten Perspektiven in Arthur Rosenbergs Arbeiten zur Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Sie löste sich damit von der nach 1945 im Zuge des sich schärfer konturierenden Ost-West-Konfliktes üblich gewordenen apologetischen Haltung bei der Darstellung der mehrheitssozialdemokratischen Politik in den Revolutionsmonaten, deren Verdienste bei der Abwehr einer fiktiven bolschewistischen Gefahr über Gebühr strapaziert worden waren. Die von der prinzipiellen »Offenheit« der historischen Situation ausgehende kritische Analyse der Revolutionereignisse schärfte den Blick für die im breiten Spektrum der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Rätebewegung sich artikulierenden institutionellen sowie politischen Handlungs- und Entscheidungsalternativen, deren Realisierung mit der Erfüllung der Partizipationshoffnungen weiter Kreise der Arbeiterschaft der Weimarer Demokratie ein dauerhaftes und demokratisch tragfähiges Fundament hätte geben können.

Diese Thesen beschränkten sich in ihrer Wirksamkeit nicht nur auf den engeren Bereich der Fachhistorie, sondern lieferten Anregungen für eine gegenwartsbezogene systemtheoretische Kritik des Parlamentarismus, als deren Kern sich im Zeichen der Renaissance von Rätetheorien das Problem der Vereinbarkeit von Elementen der direkten Demokratie mit parlamentarischen Repräsentativsystemen herauschälte.⁴⁾ Im wesentlichen abseits von diesem modelltheoretisch orientierten, politikwissenschaftlichen Strang der Diskussion erweiterte und differenzierte die historische Forschung durch eine Fülle von Quelleneditionen und Spezialmonographien insbesondere zur lokalen und regionalen Rätebewegung das Bild der revolutionären Entstehungsphase der Weimarer Republik.⁵⁾ Eine auf

¹⁾ Vgl. die Diskussion in der Sektion Wirtschafts- und Sozialgeschichte über das »Problem der Räte bei der Entstehung der Weimarer Republik« auf dem Berliner Historikertag 1964 (Bericht über die 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin 7. – 11. 10. 1964, in: Beiheft GWU, S. 42ff.), in der Kolb und v. Oertzen Thesen und Ergebnisse ihrer Arbeiten vortrugen. Dazu ausführlich Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–19*, Düsseldorf 1962; Peter von Oertzen, *Betriebsräte in der Novemberrevolution*, Düsseldorf 1963.

²⁾ Vgl. Karl Dietrich Erdmann, *Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft*, in: VfZG 3, 1955, S. 1 ff.

³⁾ So die Formulierung bei Reinhard Rürup, *Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19*, Wiesbaden 1968, S. 8.

⁴⁾ Als Beispiel vgl. Ulrich Bermbach, *Das Scheitern des Räteystems und der Demokratisierung der Bürokratie 1918/19* in: PVS 8, 1967, S. 445 ff.; ders., *Ansätze zu einer Kritik des Räte-systems*, in: Berliner Zeitschrift für Politologie 9, 1968, S. 21 ff.

⁵⁾ Neben den bei Carsten zitierten vgl. u. a. die von ihm nicht berücksichtigten Arbeiten: Helmut Metzmaker, *Der Novemberumsturz 1918 in der Rheinprovinz*, in: *Annalen des Hi-*

den bereits vorliegenden Materialien, Erkenntnissen und Ansätzen aufbauende zusammenfassende Darstellung der deutschen Revolution, in der die Integration von Aspekten der regionalen und zentralen Räteforschung mit den größeren politischen und sozialökonomischen Entwicklungstendenzen zu leisten wäre, fehlt bislang.⁶⁾

Vor welchen Schwierigkeiten eine solche Synthese stehen wird, läßt das neueste Buch des bekannten englischen Historikers F. L. Carsten ahnen, das im Anschluß an die eingangs skizzierten Fragestellungen von einem komparatistischen Ansatz her Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Verlauf und in den Folgewirkungen der Revolution in den beiden zentraleuropäischen Staaten Deutschland und dem deutschsprachigen Reststaat des Habsburger Reiches, Deutschösterreich, beschreibt und analysiert. Carstens Studie zeichnet sich insgesamt durch die gelungene Verknüpfung von Bekanntem, von der Forschung bereits Aufgearbeitetem, mit eigenen ausgedehnten archivalischen Recherchen aus, die vor allem zur österreichischen Szenerie unsere Kenntnisse angesichts der vergleichsweise in den Anfängen stehenden österreichischen Revolutionsforschung außerordentlich bereichern. Trotz dieser unbestrittenen Vorzüge gewinnt der Leser bisweilen den Eindruck, als habe sich der Verfasser von der Vielzahl der ihm zur Verfügung stehenden Materialien überwältigen lassen. So werden Einzelinformationen nicht immer schlüssig in den Zusammenhang übergeordneter Bezugspunkte integriert, weswegen sich die stellenweise bloß additiv aneinandergefügt Ereignisstränge, die die Rätebewegung noch bis in die kleinsten lokalen Verästelungen verfolgt, zu verselbständigen drohen.⁷⁾

Anstelle mancher für den Kontext funktionsloser Detailbeobachtungen hätte man sich ein mehr systematisches und nicht nur sporadisches Eingehen auf ökonomische Daten und Trends gewünscht, die für den Handlungsspielraum der Räte einen zumindest ebenso wichtigen Rahmen wie die politisch-institutionelle Seite bildeten. Ohne einem einseitig ökonomischen Determinismus das Wort reden zu wollen: Viele Passagen der Darstellung wirken in ihrer Beschränkung auf Parteien, Armee, Bürokratie und Räte zu traditionell. Gerade wer wie Carsten dezidiert die Ursachen für das frühe Scheitern der Demokratie in Deutschland und Österreich in der mangelnden, tiefer als nur verfassungspolitisch greifenden Demokratisierung des gesamtgesellschaftlichen Systems aufsucht, sollte seine

storischen Vereins für den Niederrhein 168/69, 1967, S. 135 ff.; demnächst *ders.*, Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19 in der Rheinprovinz (in den Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte); *Erhard Lucas*, Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918/19, Frankfurt 1969; *Frauke Bey-Heard*, Hauptstadt und Staatsumwälzung — Berlin 1919. Problematik und Scheitern der Rätebewegung in der Berliner Kommunalverwaltung, Stuttgart 1969; *K.-D. Schwarz*, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, Stuttgart 1971; *P. Kuckuck*, Bremer Linksradike bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920, phil. Diss. Hamburg 1970; *Karl Bosl* (Hrsg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München 1969; vgl. auch die Bibliographie in *Eberhard Kolb* (Hrsg.), *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*, Köln 1972, bes. S. 418 ff.

⁶⁾ Von marxistischer Seite vgl. die materialreiche, aber einseitige, zudem mit der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 abschließende Darstellung des sowjetischen Historikers *J. S. Drabkin*, Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin-DDR 1968.

⁷⁾ Vgl. als Beispiel dafür etwa (S. 160 f.) *Carstens* Schilderung der Revolution in Frankfurt/M., deren Verlauf er, gemessen an der Entwicklung in Baden und Württemberg, als »somewhat more radical« beurteilt. Worin sich diese Radikalität äußerte, wird allerdings nicht deutlich. Zudem bleibt unerörtert, daß sich MSPD und USP bis weit in den Sommer 1919 hinein über die gemeinsame Arbeit im Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat verständigen konnten. Gerade hier hätte der Verfasser ein Modell für eine tragfähige, zumindest sozialpolitisch initiative und die negativen Folgen der Spaltung der beiden Arbeiterparteien überwindende Zusammenarbeit demonstrieren können, von der er sich an anderen Stellen seines Buches viel verspricht. (Zu Frankfurt vgl. die zitierte Arbeit von *E. Lucas*).

Thesen in eine gründliche Analyse der sozialökonomischen Bedingungen, möglicherweise Begrenzungen für eine auf Veränderungen gerichtete Politik einbetten. Bei aller Anerkennung der von einem liberalen Impetus getragenen Argumente gerät dennoch der Rekurs auf die unterbliebene Demokratisierung ohne Berücksichtigung von Problemen wie etwa der militärischen und wirtschaftlichen Demobilmachung, der Finanzierung der Kriegsfolgelasten, der Bewältigung der Ernährungskrise etc. zur bloßen Wunschvorstellung, die den Nachweis von konkreten Veränderungsmöglichkeiten schuldig bleibt. Eine Feststellung wie »there were important political and constitutional changes, but the social system remained« (S. 331) hätte ergänzt werden müssen durch die Aufschlüsselung von dessen konstitutiven Elementen und durch Hinweise, mit welchen Mitteln, von welchen Gruppen und zu welchem Ende es hätte umgewandelt werden sollen. Zudem wird man nicht ohne weiteres behaupten können, daß Krieg und Revolution für die gesellschaftliche Entwicklung gänzlich folgenlos geblieben sind, daß nicht auch außerhalb der Rätebewegung Ansätze für eine soziale und wirtschaftliche Neustrukturierung vorhanden waren. Beispielsweise zielte die Finanz- und Sozialpolitik der ersten Kabinette der Weimarer Republik in den Jahren 1919/20 durchaus auf eine langfristige Umverteilung von Vermögen und Einkommen, auf Veränderung überkommener ökonomisch-politischer Machtpositionen. Das Scheitern dieser Politik mit den Zielkonflikten innerhalb der Regierungen aufzuzeigen und die Möglichkeiten zu analysieren, wie die Erwartungen und Vorstellungen der in sich wenig homogenen Rätebewegung zur Demokratisierung der obrigkeitstaatlich geprägten Gesellschaft hätten genutzt werden können, wäre wünschenswert gewesen — was vom Verfasser freilich durch seinen von vornherein ereignisgeschichtlich eingeschränkten Blickwinkel auf den »Aufstieg und Fall« der Arbeiter- und Soldatenräte (Klappentext) nicht zu leisten war. So anregend sich Carstens vergleichender Ansatz für die Räte- und Revolutionsforschung präsentiert, so schade ist es, daß er im Hinblick auf seinen Gegenstandsbereich die vorgeprägten Bahnen der neueren Forschung mit ihren mittlerweile gängig gewordenen Thesen und Problemstellungen nicht verläßt.

Abgesehen von diesen mehr grundsätzlichen Bedenken zur Konzeption einer Gesamtdarstellung der zentraleuropäischen Revolutionen in den Jahren 1918/19, bietet Carstens Studie eine Fülle von aufschlußreichen Materialien und Überlegungen, die hier nicht im einzelnen vorgeführt werden können. Am gelungensten erscheinen dabei die Passagen zur militärpolitischen Situation, an der die unterschiedliche Politik der Sozialdemokratie in beiden Ländern sichtbar wird. In Deutschland ließ die Partei den Militärs freie Hand, die Strukturen der alten Armee zu erhalten, und räumte ihnen im Zeichen des Kampfes gegen den »Spartakismus« im Innern und gegen echte und vermeintliche Bedrohungen der Grenzen im Osten den Spielraum ein, der ihnen die konsequente Etablierung konservativer Gegenmachtpositionen ermöglichte. Während die deutsche SPD auf die Einlösung der militärischen Programmatik des Erfurter Programms verzichtete und bis auf zaghafte Versuche nichts zur Schaffung eines demokratischen Volksheeres unternahm, gelang es der österreichischen Sozialdemokratie, die nach dem Staatsumsturz gebildeten Volkswehren sowohl von konservativen wie kommunistischen Einflüssen weitgehend abzuschirmen und wesentliche personelle und institutionelle Elemente in das durch das Wehrgesetz Anfang Februar 1920 konstituierte Berufsheer einzubringen. Für Carsten liegt darin das Beispiel einer aktiven und erfolgreichen sozialdemokratischen Militärpolitik, das zudem zeigt, daß der deutsche Weg des »Bündnisses« der sozialdemokratischen Führung mit der Obersten Heeresleitung nicht ohne Alternativen war. Auch wenn die österreichische Entwicklung nur geringen Beweiswert für die deutsche hat, bleiben Carstens Zweifel an der Notwendigkeit und den praktizierten folgeschweren Formen der Zusammenarbeit Eberts und Noskes mit den Generalstäblern der kaiserlichen Armee begründet.

Obwohl die österreichische Sozialdemokratie vor den Folgen der organisatorischen und ideologischen Spaltung weitgehend bewahrt blieb⁸⁾, gelang es ihr ebensowenig wie ihrer deutschen Schwesterpartei, langfristig auf die Politik der Republik entscheidenden Einfluß zu nehmen und die zunehmende Verformung der bürgerlichen Demokratie in ein autoritäres Regime zu verhindern. In beiden Ländern waren den Chancen für die Durchsetzung einer genuin sozialistischen Politik durch die Notwendigkeit, mit den bürgerlichen Parteien zu koalieren, von Anfang an enge Grenzen gesetzt. Der Kapp-Putsch und die Juniwahlen in Deutschland bzw. die Oktoberwahlen 1920 in Österreich signalisierten einen unübersehbaren Rechtsrutsch und machten deutlich, wie schnell sich die bürgerlichen Parteien vom Schock des Staatsumsturzes erholt hatten und wie früh neben und mit den etablierten konservativen Gruppierungen eine breite antiparlamentarische Bewegung, gestützt auf bewaffnete Heim- und Einwohnerwehren, ihre Positionen aufbaute, um im geeigneten Moment die ohnehin spärlichen Ergebnisse der Revolution zu revidieren. Den Zusammenhang zwischen dem Scheitern der Revolution und der politischen Labilität der beiden 1918/19 installierten Republiken erneut eindringlich aufgezeigt zu haben, bleibt das Verdienst des vorliegenden Buches, dessen vergleichende Perspektive aufgenommen und vertieft werden sollte.

Jens Flemming

Claus Guske, Das politische Denken des Generals von Seeckt. Ein Beitrag zur Diskussion des Verhältnisses Seeckt — Reichswehr — Republik (= Historische Studien, H. 422), Matthiesen Verlag, Lübeck/Hamburg 1971, 283 S., brosch., 45 DM.

Der bereits recht stattlichen Zahl von Publikationen über das problematische Verhältnis von Reichswehr und Weimarer Demokratie hat Claus Guske mit seiner Studie über das »politische Denken des Generals von Seeckt« einen weiteren Beitrag hinzugefügt. Angesichts der vorliegenden, voluminösen und die Details liebevoll ausschöpfenden Seeckt-Biographien Rabenaus und Meier-Welckers erstaunt der Mut des Verfassers, erneut das Wagnis einer vornehmlich personenzentrierten Untersuchung auf sich zu nehmen. Auf dem Hintergrund der sehr traditionellen Methode des persönlichkeits- und zeitimmanenten Erzählens glaubt Guske, mit der gewählten Fragestellung eine Lücke in der bisherigen Forschung zu schließen, indem er die systematische Darstellung der politischen Grundüberzeugungen des Generals vor und nach 1918 mit seiner militärischen Tätigkeit nach Kriegsende, vor allem als Chef der Heeresleitung während der Jahre 1920 bis 1923, konfrontiert.

Wesentlich Neues ist dabei — um das Ergebnis vorwegzunehmen — nicht herausgekommen. Guskes Kritik an Meier-Welckers Vorliebe für unbedeutende Details und seiner Scheu vor zugreifender Interpretation (S. 161, Anm. 51) fällt auf ihn selbst zurück; denn seine eigenen Interpretationsbemühungen erschöpfen sich hauptsächlich darin, lange, teilweise ganze Seiten umspannende Zitate aus gedruckten und ungedruckten Äußerungen Seeckts nochmals referierend zusammenzufassen, was bisweilen den Charakter werkimmanenter Gedichtinterpretationen annimmt. Die Tendenz des Buches ist durchweg apologetisch und übertrifft in dieser Hinsicht die gleichsam wehroffiziöse Darstellung Meier-Welckers beträchtlich.

⁸⁾ Die KPDÖ konnte keinen nennenswerten Einfluß gewinnen, da es der österreichischen Sozialdemokratie gelang, die kommunistischen Aktivitäten durch eine aktive Rätepolitik zu kanalisieren. Auch in ihrem Verhältnis zu den Räten unterschieden sich die österreichischen Sozialisten von den deutschen erheblich, wie Carsten zu Recht betont. Detailliert zur KPDÖ in der Revolution *Hans Hautmann*, Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der KPDÖ, 2. erg. Aufl., Wien/Frankfurt/Zürich 1971.